

Stenographischer Bericht

29. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

II. Periode — 3. April 1952.

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt ist LAbg. BM. f. Land- und Forstwirtschaft Franz Thoma (615).

Verhandlungen:

Kundgebung für die Befreiung Österreichs.

Verlesung und Begründung der Resolution durch Landtagspräsidenten Josef Wallner (615).

Redner: Abg. Dr. Kaan (616), Erster Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Machold (618), Landesrat Dr. Elsnitz (619), Abg. Pözl (621), Landeshauptmann Krainer (626).

Annahme der Resolution (627).

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Minuten.

Präsident Wallner: Hohes Haus! Ich eröffne die 29. Sitzung des Steiermärkischen Landtages als außerordentliche Sitzung und begrüße alle Erschienenen auf das herzlichste, insbesondere auch die Mitglieder des Bundesrates.

Entschuldigt hat sich Abg. Landwirtschaftsminister Thoma.

Ich teile dem Hohen Hause auch mit, daß die Trauerkundgebung nach dem verstorbenen 2. Präsidenten des Steiermärkischen Landtages, Abg. Stockbauer, bei der nächsten ordentlichen Sitzung des Landtages abgehalten wird.

Hohes Haus! In einigen Wochen jährt sich zum siebentenmale der Tag, daß der Krieg zu Ende ging und uns Österreichern die völlige Freiheit und Selbständigkeit zugesichert wurde. Unser Volk hat in diesen 7 Jahren der Nachkriegszeit einmalige Leistungen auf dem Gebiete des Wiederaufbaues erbracht und auch die Einrichtungen des Staates wurden auf freier demokratischer Grundlage durchgeführt. Jahr für Jahr hat unser Volk auf die Erfüllung des Versprechens auf Freiheit und Selbständigkeit gehofft und bis heute ist diese Zusicherung noch nicht verwirklicht. Im Anschluß an eine Kundgebung des österreichischen Nationalrates in diesem Zusammenhang habe ich mich entschlossen, den Steiermärkischen Landtag für heute zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen, um durch die Vertreter des steirischen Volkes im Landtag öffentlich und feierlichst im Namen des ganzen Volkes die Forderung zu erheben, unserem Vaterlande endlich die völlige Freiheit und Selbständigkeit zu geben. Diese Kundgebung bildet den einzigen Gegenstand der heutigen Sitzung.

Ich nehme die Zustimmung aller Abgeordneten zu diesem Verhandlungsgegenstand an, wenn kein Einwand vorgebracht wird. (Nach einer Pause.) Ein Einwand wird nicht erhoben.

Wir gehen zum Gegenstand der heutigen Sitzung über:

Die Regierungen des Vereinigten Königreiches Großbritannien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Vereinigten Staaten von Amerika haben am 1. November 1943 in Moskau feierlich den Wunsch zum Ausdruck gebracht, Österreich als einen freien und unabhängigen Staat wiederhergestellt zu sehen. Dieser Erklärung hat sich nach einigen Tagen der französische National-Befreiungsausschuß namens Frankreichs angeschlossen.

Nachdem am 27. April 1945 in Wien die Proklamation über die Unabhängigkeit Österreichs verlautbart war und sich eine provisorische Staatsregierung gebildet hatte, setzten die österreichischen Regierungsstellen und die Bevölkerung selbst alles daran, sich des Vertrauens, das die in der Moskauer-Erklärung beteiligten Regierungen der österreichischen Bevölkerung schenkten, würdig zu erweisen und das verheißene Ziel der Freiheit und Unabhängigkeit so rasch als möglich zu erreichen. Die österreichischen Regierungsstellen richteten das Staatswesen ein, wie es in der Zeit der ersten Republik auf Grund des Bundesverfassungsgesetzes von 1929 bestand. Die Bevölkerung trachtete, trotz Hunger und Kälte und trotz des Materialmangels die Kriegsschäden, so gut es eben ging, zu beseitigen, die stillstehenden Betriebe wieder in Gang zu setzen und das Wirtschaftsleben in Fluß zu bringen. Große Schwierigkeiten standen dieser Aufbauarbeit entgegen. Die größten Hemmnisse wurden aber überwunden dank der demokratischen Gesinnung, des starken Willens und der Tatkraft der Bevölkerung, sowie der großzügigen Hilfe, die uns in wirtschaftlicher Beziehung aus einem Teil der Welt zuteil geworden ist. Das Ergebnis aller dieser Bemühungen ist, daß Österreich aus eigener Kraft alle Voraussetzungen dafür geschaffen hat, daß es nach erlangter Freiheit und Unabhängigkeit seine Aufgaben voll erfüllen könnte.

Alle diese Anstrengungen und Bemühungen, die Freiheit und Unabhängigkeit zu erreichen, hatten jedoch bisher keinen Erfolg. Österreich ist nach wie vor besetzt. Es ist in Zonen geteilt. Die Demarkationslinien können nur unter bestimmten Voraussetzungen überschritten werden. Auf Schritt und Tritt spürt man, daß man nicht Herr im eigenen Lande ist. Nicht nur die Regierungsstellen, sondern auch die Bewohner des Staates sind an der freien Entfaltung ihrer Tätigkeit in vielen Belangen durch die Fesseln,

die sich aus der Besetzung ergeben, behindert. Die österreichische Bevölkerung hat noch immer hohe finanzielle Opfer in der Form zu tragen, daß sie die Besatzungskostenbeiträge zu entrichten hat. Diese Besatzungskostenbeiträge gehen der österreichischen Wirtschaft verloren. Wohnräume, Objekte und Betriebe sind nach wie vor von Besatzungsmächten in Anspruch genommen.

Alle Hoffnungen, die Freiheit und Unabhängigkeit zu erreichen, setzen wir, nachdem die ursprünglich angebahnten Verhandlungen ins Stocken gerieten, auf die neuen Vorschläge, die auf den Abschluß eines österreichischen Staatsvertrages abzielen.

Unsere Forderung muß darauf gerichtet sein, endlich einmal nach siebenjähriger Besetzung die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Heimatlandes zu erreichen, die uns in der Moskauer Erklärung feierlich zugesichert wurde.

Über Beschluß der Obmännerkonferenz erlaube ich mir, dem Hohen Landtag eine Resolution zur Annahme vorzuschlagen, die folgenden Wortlaut hat:

In Übereinstimmung mit der Kundgebung, die gestern im Nationalrat in Wien für die Befreiung Österreichs stattfand, stellt auch der Steiermärkische Landtag namens der gesamten steirischen Bevölkerung die Forderung, daß die Besetzung Österreichs, die bereits sieben Jahre dauert, endlich aufgehoben wird.

Die Proklamation des Alliierten Rates an das österreichische Volk vom 11. September 1945 enthält unter anderem folgende Bestimmung:

„Die Wiederherstellung eines freien, unabhängigen und demokratischen Österreich muß die Sorge des österreichischen Volkes selbst sein.“

Das österreichische Volk hat diesem Auftrag, soweit dieser von ihm erfüllbar ist, schon seit geraumer Zeit vollauf entsprochen und nach den Zerstörungen, die ein von ihm nicht gewollter langjähriger Krieg mit sich gebracht hat, der Welt bewiesen, daß es aus eigener Kraft instande war, Österreich zu einem wahrhaft demokratischen Staat wieder aufzubauen.

Nicht in seiner Macht steht es, seinem Lande die Freiheit und Unabhängigkeit zu geben, weshalb die Forderung erhoben wird, daß die unerträglichen Zustände, die eine Folge der noch immer bestehenden Besetzung und ein Hindernis für die Freiheit und Unabhängigkeit Österreichs sind, ihr Ende finden. Die für ein Kulturvolk unwürdigen Beschränkungen der Souveränität will die Bevölkerung nicht länger ertragen.

Die Hemmnisse des freien Verkehrs innerhalb des Landes Österreich und des Wirtschaftslebens müssen endlich aufhören. Die hohen Beiträge, die das österreichische Volk für die Bestreitung der Kosten der Besatzungsmächte zu leisten hat, dürfen nicht mehr länger die österreichische Wirtschaft belasten. Die für Zwecke der Besatzungsmächte in Anspruch ge-

nommenen Wohnungen, Objekte und Betriebe müssen wieder den früheren Besitzern zurückgestellt werden.

Der Steiermärkische Landtag fordert im Namen der gesamten Bevölkerung des Landes Steiermark die Freiheit und Unabhängigkeit, die Österreich von den Regierungen der vier Besatzungsmächte schon in der Moskauer Erklärung vom 1. November 1943 feierlich versprochen wurde, eine Zerreißung Österreichs oder der Gedanke des Abschlusses von Separatverträgen wird selbstverständlich entschieden abgelehnt.

Diese Resolution ist unverzüglich an die Bundesregierung und an die für Steiermark zuständigen Hochkommissäre mit der Bitte weiterzuleiten, alle Bemühungen walten zu lassen, daß der neue Staatsvertragsentwurf seine Verwirklichung findet.

Zu dieser Resolution hat sich zum Worte gemeldet der Herr Abg. Dr. Kaan. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Kaan: Hohes Haus! Wenn es heute der Steiermärkische Landtag unternimmt, zu Fragen staatspolitischer Natur Stellung zu nehmen, so hat er den Einwand zu gewärtigen, daß das nicht zu seinem Aufgabengebiet gehöre und daß er auch keinen Einfluß auf diese Dinge habe. Dem ist entgegenzuhalten, daß es zu dem urtümlichen Recht jedes Menschen gehört, zu dem unbestrittenen Recht jedes Untertans auch im primitivsten Staate gehört, von seinem eigenen Standpunkt aus zu den politischen Dingen Stellung zu nehmen, im primitivsten Egoismus die politischen Ereignisse von seinem Standpunkt aus zu betrachten, kurz gesagt, auszusprechen, wo ihn der Schuh drückt. Wir nehmen auch für uns dieses Recht in Anspruch. Wir wollen heute für Steiermark, als einem untrennbaren Teil Österreichs, aussprechen, wie uns gegenüber den staatspolitischen Ereignissen zumute ist.

In wenigen Tagen wird uns zugemutet werden, ein Jubelfest zu begehen, weil sieben Jahre vergangen sind, seitdem wir befreit worden sind. Ich glaube, es wird nur wenige geben, die das nicht als einen Hohn empfinden, wenn wir gleichzeitig sagen müssen, daß unser Staatsgebiet noch immer besetzt ist, daß wir noch immer Kontributionen zu zahlen haben, daß es uns noch immer verwehrt ist, eine eigene Wehrmacht zu haben um unsere Grenzen selbst zu schützen, daß es uns verwehrt ist Verträge zu schließen, ja, daß sogar unsere Gesetze noch immer zensuriert werden. Kein Wort hat für den Österreicher in den letzten Jahrzehnten einen bittereren Geschmack bekommen, als gerade das Wort „Befreiung“. Nach einem siebenjährigen Herumfackeln mit dem Staatsvertrag empfinden wir den Staatsvertrag als eine Beschämung, als einen Humbug und das Wort Befreiung als einen Wortbruch. Soweit es auf uns ankommt, besteht nicht die geringste Rechtsgrundlage dafür, uns Österreichern die Hoheitsrechte weiterhin vorzuenthalten. Die Gründe, daß sie uns vorenthalten werden, liegen aus-

schließlich außerhalb Österreichs. Es muß einmal klar gesagt werden: wenn wirklich der Zweite Weltkrieg deshalb geführt wurde, um die Verhöhnung und die Verletzung der Staats- und Menschenrechte zu beseitigen, so muß man doch von diesem Gesichtspunkte aus auch sagen, daß man nicht gleichzeitig mit einer Kollektivschuld gegenüber Österreich herumfackeln darf, da doch Österreich von diesem Gesichtspunkte aus das erste Opfer war, dem damals geholfen hätte werden sollen und dem noch geholfen werden muß. Wenn also irgend eine Kollektivschuld in Bezug auf Österreich besteht, so liegt diese Kollektivschuld auf Seite der Alliierten, die uns bis heute die Befreiung noch nicht wirklich gaben. Auf unserem Rücken tragen sie Differenzen aus, die uns unmittelbar nichts angehen. Ich finde es als eine tragische Ironie im Schicksal Österreichs, daß gerade dieses Österreich, welches auf die Tradition einer jahrhundertelangen Bewährung im friedlichen Zusammenschluß zahlreicher Völker Europas zurückblicken kann, nun der letzte Boden ist, auf welchen sich die vier Großen noch treffen und zusammen wohnen, aber ausschließlich zu unseren Lasten. Dieser Zustand ist bitter, er ist entwürdigend, er ist aber auch gefährlich.

Ich komme noch einmal auf das leidige Wort „Befreiung“ zurück. Ich meine hiemit nicht jene ironische Bedeutung, die von der Bevölkerung in den Jahren 1945 bis 1946 diesem Worte gegeben wurde, als der Mensch und sein Eigentum als Beutegut betrachtet wurden. Die Verhältnisse haben sich da schon wesentlich verbessert. Die Truppen, die jetzt hier liegen, sind zweifellos gut disziplinierte Truppen. Wir können die Erinnerung an die Zeit vielleicht auch mit dem Wort verwischen: „Soldaten sind eben Soldaten“. Aber eines sei dennoch gesagt: In meiner 10jährigen Tätigkeit bei der Truppe ist mir kein Fall untergekommen, wo ein österreichischer oder ein deutscher Soldat einen Menschen oder die Uhr des Gegners als Beutegut betrachtet haben.

Aber immerhin, darauf kommt es heute nicht an, es kommt auf die Bedeutung der Befreiung in viel weiterem Sinne an, nämlich: wie dieses Wort gebraucht und mißbraucht wurde in den Jahren 1938 bis 1945, wie große Ereignisse mit diesem Wort begleitet worden sind. Nun meine ich, daß man den Kreis der Personen, der in Österreich von diesem Worte, sagen wir getäuscht oder auch wirklich mitgerissen wurde, überschätzt. Ich glaube, der Kreis dieser Personen ist in Wirklichkeit nur ein Randgebiet, in der Mitte ist die große brave Masse, die Masse jener österreichischen Menschen, deren staatspolitische Gesinnung viel zu tief verwurzelt ist, als daß sie sich von Tagesereignissen wirklich ins Schwanken bringen ließe. Diese brave Masse der Mitte ist jene, die immer wieder Gold abliefern, die immer wieder arbeitet, die immer wieder einrückt, die immer wieder Blut und Sold leistet und immer wieder Kontributionen zahlt und doch kein anderes wirkliches seelisches Bedürfnis hat, als endlich einmal öster-

reich, ihr eigenes Land, als einen Staat zu sehen, dem sie mit Ehrfurcht und Liebe entgegenkommen kann, an dessen Achtung vor der Welt sie sich freuen kann und vor allem, dem sie immer wieder gerne opfern und dienen will. Darin liegt der Kern des entwürdigenden und gefährlichen Übels eines 7jährigen Zuwartens auf die wirkliche Befreiung. Uns ist es gleich, wie unser Kerkermeister heißt, wir wollen gar keinen Kerkermeister haben, wir wollen nur ein eigenes freies Haus haben.

Ich für meine Person habe nie begriffen, warum man immer so sehr auf den Staatsvertrag hofft. Ich bitte, meine Damen und Herren, vergegenwärtigen Sie sich das einmal an einem Beispiel. Was würde zum Beispiel ein Schweizer Bürger oder ein Portugiese oder — um noch deutlicher zu werden — ein Belgier etwa sagen, wenn man ihm zumuten würde, daß Frankreich und England jetzt zusammen einen Vertrag darüber abschließen, welche Flugzeuge er bauen darf, welche Wirtschaftsverträge er abschließen darf, welche Gesetze er beschließen darf und ob es ihm vielleicht gar gestattet ist, Gewehre mit gezogenen Läufen zu Jagdzwecken zu machen oder gar eine M. Pi. zu erzeugen. Sowohl der Schweizer, wie der Portugiese, wie der Belgier würden darüber lachen. Er würde wahrscheinlich in Wut geraten, wenn man ihm zumuten würde, daß er diesen Vertrag, den man über ihn geschlossen hat, auch noch unterschreiben soll. Ich will nicht noch deutlicher werden in dieser Hinsicht, aber Ihnen noch ein Beispiel sagen. Denken wir an Deutschland, an Japan. Wenn das Paradoxon schon fruchtbaren Boden finden konnte, daß es vielleicht für die Österreicher besser gewesen wäre, als Deutsche besiegt, als als Österreicher befreit zu werden, wenn wir solche Worte schon hören, so ist daraus ersichtlich, wie gefährlich der jetzige Zustand während der 7jährigen Wartezeit, die man uns zumutet, war. Wir brauchen keinen Staatsvertrag, sondern — ich meine — wir brauchen lediglich die Festlegung des Vorganges, wie wir geräumt werden. Wir brauchen ein Räumungsprotokoll und darauf warten wir. Dieser 7jährige Zustand des Zuwartens hat bei uns Kerben hinterlassen. Die tiefste Kerbe sehe ich aber doch auf dem Gebiete seelischer Art. Es wurde das Staatsgefühl des Österreichers immer wieder verletzt und mißbraucht. Er will endlich erreichen, daß seine Heimat zum Staate wird, dem wirklich alles heimatische Gefühl vom Herzen aus zufließen kann. Das alles hat man uns durch 7 Jahre vorenthalten. Ich will nicht hier beurteilen, ob dieses Vorenthalten lediglich ein hochmütiges Übersehen unserer Gefühle war oder ob darin etwa die Methode liegt, auch auf diesem Gebiete das zu zerstören, was uns bisher immer heilig war.

Um diese Frage geht es heute gar nicht, sondern es geht um anderes. Wir machen heute gar keine Unterscheidung. Es kommt gar nicht darauf an, ob der Geßlerhut heute sichtbar nur am Semmering oder an der Enns aufgerichtet ist und nur dort militärisch sichtbar in Er-

scheinung tritt. Dieser Geßlerhut ist unsichtbar in allen Ländern Österreichs aufgerichtet. Das ganze Land Österreich steht noch unter Vogteien und das nur deshalb, weil sich die vier Großen nicht darüber einigen können, wer als erster aus diesem Hause hinausgehen soll.

Wir rufen daher weit hinaus: Wir haben es getragen sieben Jahr und wir wollen es nicht tragen mehr! Wir rufen hinaus, wir wollen keine Zerreißung, wir wollen keine Verschiebung, wir wollen nur das eine: man gebe uns endlich unser Österreich, unser ganzes, unser einiges, unser freies Österreich. (Anhaltender starker Beifall bei allen Abgeordneten mit Ausnahme des Vertreters des Linksblocks.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. h. c. Machold**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es sind ganz außerordentliche Verhältnisse, die es bedingen, daß heute in diesem Hohen Hause Fragen der großen und der Außenpolitik zur Debatte stehen. Auch in allen anderen Bundesländern tagen heute die Landtage, um zu den gestern in aller Öffentlichkeit gefaßten Beschlüssen der Volksvertretung der Zweiten Republik Stellung zu nehmen. Mit den anderen Ländern gemeinsam hat auch die Bevölkerung von Steiermark alle Ursache, sich gegen einen Zustand zur Wehr zu setzen, der in der gestrigen Nationalratssitzung in Wien von den Rednern mit Recht als schmachvoll und für eine weitere Dauer als untragbar bezeichnet worden ist.

Am 31. März 1945 hat die Rote Armee die Grenze Österreichs überschritten und am 2. April 1945 — also genau gestern vor sieben Jahren — begann der Kampf um Wien. Seitens des Reichsleiters Schirach war die Parole ausgegeben worden, äußersten Widerstand zu leisten und der zum Verteidiger Wiens bestimmte SS-General Sepp Dietrich galt als kriegserfahrener, unbesiegbare Heerführer. Was Waffen tragen konnte — von den Kindern bis zu den Greisen —, war für den Volkssturm aufgerufen worden, gewaltige Befestigungen wurden in aller Eile geschaffen und mit SS-Elite-truppen besetzt. Alles in Österreich sah mit großer Sorge und Bangen auf Wien und überall befürchtete man einen langwierigen, blutigen, zermürbenden und verheerenden Endkampf um die Stadt. Ein solcher drohte die von den ununterbrochenen heftigen Bombenangriffen ohnehin schwer heimgesuchte Reichshauptstadt in Trümmer zu legen und zu dem im reichen Ausmaß vorhandenen Schrecken weiteres unseliges Leid über Wien zu bringen.

Meine Damen und Herren! Die Belagerung von Breslau hatte 40 Tage gedauert, Budapest hatte den Ansturm der russischen Befreiungstruppen durch 7 Wochen standgehalten und nun geschah das von niemandem erwartete Unglaubliche. Schon am 14. April 1945, genau sieben Tage nach dem ersten allgemeinen Ansturm, war die Stadt in den Händen der Roten Armee und kein deutscher Soldat stand mehr in Wien.

Die Begründung für diese von niemandem vorausgesehene kurze Dauer des Endkampfes

um die Reichshauptstadt liegt vor allem anderen in der Haltung der Bevölkerung. Ein blutiges Ringen in einem Häusermeer, in dem zwei Millionen Menschen lebten, litten und bangten; ist nicht gleich zu achten einem Kampfe auf einem normalen Schlachtfelde. Da kommt es vor allem anderen darauf an, auf welche Seite sich die Einwohner dieser Stadt stellen.

Und die ganze Wiener Bevölkerung bildete damals eine einheitliche Masse des Widerstandes und der Auflehnung und Ablehnung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime, wollte ein Ende des längst schon entschiedenen fürchterlichen Krieges, wollte befreit sein von der nationalsozialistischen Diktatur und trug zu dieser von ihr gewollten Befreiung auch ihr Teil bei. Die Zivilbevölkerung nahm keinen aktiven Anteil gegen die vorgehenden russischen Soldaten, es gab keine Sabotage oder irgendeine sonstige Form des Widerstandes.

Diese Haltung der Wiener Bevölkerung, die aus dem begreiflichen Wunsch nach raschster Beendigung der Kampfhandlungen und aus der heißen Friedenssehnsucht entsprang, hat innerhalb von sieben Tagen die Entscheidung herbeigeführt. Diese Mitwirkung an der Befreiung ist damals auch von Marschall Tolbuchin in seiner ersten Proklamation an das österreichische Volk klar zum Ausdruck gebracht worden.

Wenn wir heute — sieben Jahre nach diesem weltgeschichtlichen Geschehen in den Apriltagen 1945 in und um Wien — hier im Landtag zusammengekommen sind, um für die endliche Aufhebung der Besetzung in ernster und feierlicher Weise zu manifestieren, so müssen wir uns mit bitteren Gefühlen die Frage vorlegen: In welcher Weise ist der Beitrag der österreichischen Bevölkerung, den sie zur Befreiung geleistet hat, von den Besatzungsmächten anerkannt und belohnt worden?

Bei uns in Steiermark sind die Panzer der Roten Armee in der Nacht vom 8. auf den 9. Mai 1945 über die Ries in Graz eingezogen. Die Frontlinien eines furchtbaren Krieges waren vorher durch unser Land gegangen. Die Verwüstungen des zweiten Weltkrieges haben auch unserem Lande und seiner verarmten Bevölkerung übermenschliche Lasten aufgebürdet. In dieser Einschätzung der ganz außerordentlichen Schäden darf ich dem Hohen Hause in Erinnerung bringen, daß allein durch Demontagen und Plünderungen unserem Lande ein Verlust von weit über einer Milliarde Schilling erwachsen ist. Was diese zum Teil sinnlosen Demontierungen für die Arbeiter und Angestelltenschaft im Lande bedeutet haben, was dadurch an Arbeitskraft vergeudet wurde und was der Ausfall am Sozialprodukt bedeutet, das brauche ich nicht erst besonders zu erörtern.

Darüber hinaus war unser Land und unser Nachbarland Kärnten durch Jahre mit dem Alpdruck belastet, auch noch von seinem Territorium Gebiete abtreten zu müssen, die seit ursprünglichen Zeiten zum Lande Steiermark gehören und immer von einer österreichisch gesinnten Bevölkerung besiedelt waren. Dieses

Damoklesschwert wurde erst in dem Augenblick von uns genommen, als das benachbarte Jugoslawien sich weigerte, weiterhin den Direktiven von Moskau Folge zu leisten.

Die erste Nachkriegszeit war besonders schwer, aber die steirische Bevölkerung hat sie durchgehalten und ist trotz allem sofort darangegangen, Schutt und Trümmer wegzuräumen und wieder aufzubauen. Nach dem Einzug der Britischen Besatzungstruppen am 26. Juli 1945 bestand die allgemeine Auffassung, daß mit dem Abzug aller fremden Truppen aus Österreich in absehbarer Zeit gerechnet werden könne. Als mich dazumal der erste britische Militär-gouverneur, Oberst Wilkinson, — wir hatten ja dazumal noch kein Kontrollübereinkommen und es bestand bei uns eine Militärregierung, die der Provisorischen Landesregierung in allen wichtigen Fragen vorschrieb, was zu tun sei — um meine Meinung fragte, wann der Abzug der Besatzungstruppen erfolgen dürfte, da nannte ich ihm in vorsichtiger Abschätzung aller Möglichkeiten einen Zeitpunkt von eineinhalb bis höchstens zwei Jahren. Wie habe ich mich mit dieser Voraussage geirrt!

Der Tag unserer Befreiung jährt sich zum siebenten Male und wir harren noch immer der Befreiung von unseren damaligen Befreiern. Inzwischen hat die steirische Bevölkerung — so wie das ganze Volk in Österreich — viel gelitten, hat gedarbt, hat Schutt und Trümmer weggeschafft, hat fleißig gearbeitet und hat sich in freier Wahl eine freie demokratische Volksvertretung gegeben und ein freies demokratisches Vaterland eingerichtet. Kein Grund und kein Anlaß liegt mehr vor, uns die versprochene Freiheit weiter vorzuenthalten.

Niemals in seiner langen Geschichte hat das Land Steiermark einen Zweifel seiner Zugehörigkeit zum Staate Österreich und seit 1918 zu einer freien unabhängigen Republik Österreich aufkommen lassen. Gerade unser Land Steiermark hat in den chaotischen Tagen und Wochen des Jahres 1945 an den von dem verewigten Bundespräsidenten und damaligen Ersten Staatskanzler Dr. Renner inspirierten Länderbesprechungen führend Anteil genommen und die Politiker unseres Landes haben alles unternommen, um die in jenen Wochen immerhin zeitweise ernstlich gefährdete Einheit unserer wiedererstandenen Republik zu erhalten.

In der bekannten Moskauer Deklaration wurde Österreich seine volle demokratische Unabhängigkeit und die Integrität seines Gebietes feierlich versprochen. Dieses Versprechen ist von sämtlichen vier Großmächten seitdem wiederholt und eindeutig zum Ausdruck gebracht worden und dennoch sind wir nach sieben Jahren der sogenannten Befreiung noch immer ein besetztes, in unserem Rechtsleben vergewaltigtes und von manchen dunklen Kräften ausgebeutetes Land, ohne daß wir irgend die geringste Schuld daran tragen, nur deshalb, weil leider unser Land nur wenige Kilometer von jenem Eisernen Vorgang gelagert ist, der zwei Welten unnatürlich voneinander trennt.

Wir fordern unsere Freiheit, wir fordern täglich und stündlich den Abzug aller Besatzungstruppen und fordern ihn gerade am heutigen Gedenktag mit leidenschaftlichem Nachdruck und heiligem Ernst.

Es ist selbstverständlich, daß die sozialistische Landtagsfraktion einmütig für die vorgelegte Resolution stimmen wird. (Anhaltender starker Beifall bei allen Abgeordneten mit Ausnahme des Vertreters des Linksblockes.)

Landesrat **Dr. Elsnitz:** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Im Gegensatz zu den beiden verehrten Herren Vorrednern hat es die VdU-Fraktion in diesem Hohen Hause leicht, denn die Geister, die die beiden Groß-Parteien im Jahre 1945 gerufen haben, werden sie nun nicht los und daher sehen wir uns heute veranlaßt, gleich Goethes Zauberlehrling einen Schritt zu unternehmen, um diese Geister endlich aus unserer leidgeprüften Heimat hinauszubekommen. Wir ehemaligen Soldaten haben schon an den Fronten stehend den Versprechungen der Alliierten keinen Glauben geschenkt, die darin gegipfelt haben, das Volk Österreichs möge doch seinen Anteil zur Befreiung selbst beitragen und gemäß diesem Anteil werde es dann gewogen und vielleicht als zu leicht befunden oder man werde sich später dann in dieser Richtung erinnern und, wenn die Befreiung Österreichs Wirklichkeit geworden ist, sich für diese Handlungen erkenntlich zeigen. Wir haben damals diesen Flugzetteln, die nicht nur über den Fronten, sondern auch über der Heimat, über dem Gebiet Österreich abgeworfen worden sind, keinen Glauben geschenkt, viel eher schenkten wir jenen russischen Soldaten, die bei uns in Gefangenschaft gerieten, Glauben, die uns damals schon berichtet haben, daß sie, diese Soldaten, für die Einnahme und Niederrückung Österreichs bzw. Deutschlands, die Frauen dieses Landes als Beute versprochen bekommen hätten. Daran haben wir geglaubt, denn es war uns klar, daß es altes Kriegsrecht schon einmal gewesen war, daß man Frauen zur Beute für die Sieger schon vorher ausersieht. Daher kann es uns nicht wundern, wenn heute, sieben Jahre nach dieser sogenannten Befreiung, unser Vaterland immer noch unter den Ketten der Befreier schmachtet und nicht weiß, wie es diese Ketten beseitigen soll.

Es ist eigentlich beschämend und traurig, darauf hinweisen zu müssen, daß die Provisorische Staatsregierung mit dem Gesetz vom 1. Mai 1945, dem sogenannten Wappengesetz, zur Erinnerung an die Wiedererringung der Unabhängigkeit Österreichs, zwei gesprengte Ketten in unserem Wappen vorgesehen hat und damals nicht erkennen konnte, daß eigentlich dieses Wappen, zum Teil zumindest, nicht den Tatsachen entspräche. Wir von der VdU-Fraktion im Landtag, werden gerne unseren Beitrag dazu leisten, um unser Volk aufzuklären und dieses Volk endlich hellhörig zu machen.

Es hat wenig Sinn, an Deklarationen zu glauben, wenn wir gleichzeitig erkennen müssen,

daß die damals zusammentretenden Vertragspartner über 15 Millionen Menschen den Stab gebrochen haben, sie aus ihrer Heimat verfrachtet und entrechtet haben. Auch wurde dieser Kultur, die damals geschändet wurde, mit den Bomben, die auf unsere Städte abgeworfen wurden durch alliierte Kampfflugzeuge und nicht nur diese zerstört, sondern auch unsere Frauen, Kinder und Unschuldige der Heimat getötet haben, bei den Konferenzen der Alliierten in keiner Weise gedacht und wir haben heute noch tiefstes Mitempfinden sowohl für die Verbliebenen, wie auch für diejenigen, die das traurige Los der Hinterbliebenen tragen müssen. Wir haben aber auch weiterhin erkennen müssen, daß alle Annahmen, daß man durch Verbeugungen und devotes Verhalten die Siegermächte irgendwie für Österreich gewinnen könnte, fehlgeschlagen haben, denn in 258 Staatsvertragssitzungen sind wir um keinen Schritt weitergekommen, im Gegenteil, wir haben erkannt, daß man uns überhaupt nicht ernst nimmt, denn hätte man Österreich und seine verantwortlichen Staatsmänner ernst genommen, dann glaube ich nicht, daß wir heute auf diesem traurigen Boden der Tatsache stehen würden, daß wir sieben Jahre später nach dieser sogenannten Befreiung noch immer ein unfreies und nicht souveränes Volk sind.

Die 150 Millionen Dollar, die wir als Entschädigung — wie es im Vortragsentwurf vorgesehen ist — für das Deutsche Eigentum in Österreich hätten leisten sollen, wurden um mehr als 100 Millionen Schilling überzahlt. Wir sehen also auch daraus, daß es nicht das Geld ist, das die Siegermächte veranlaßt auf österreichischem Territorium noch zu verbleiben und besonders bedauerlich empfinden wir es, wenn wir feststellen müssen, daß heute noch, laut Angaben des gestrigen Nationalrates, 943 Kriegsgefangene unter der Knute der sogenannten Befreiungsmächte schmachten müssen. Wenn wir weiters hören, daß in den vergangenen Jahren rund 1800 Verhaftungen auf unserem Staatsgebiete durch die Alliierten vorgenommen worden sind, wobei der überwiegende Teil, und zwar 1568, durch das Sowjetelement erfolgte, so müssen wir wohl sagen, daß wir allen Grund haben, zusammenzustehen und die Erkenntnis zu fassen, daß die Hilfe niemals von außen, sondern nur durch uns selbst gebracht werden kann. Somit müssen wir uns klar sein, daß wir in den Augen der Alliierten, der ausländischen Mächte, nur soviel Gewicht gewinnen können, als wir selbst in die Waagschale zu bringen vermögen.

Ich möchte auch auf einen Vorfall hinweisen, der besonders schmerzlich in diesem Zusammenhang zu verzeichnen ist, nämlich die Tatsache, daß es österreichische Gerichte waren, die hier im Inland befindliche, angeblich Kriminelle an das Ausland ausgeliefert haben, und zwar nur deswegen, weil diese im Auslande, sei es in Frankreich oder sonstwo gewesen, als Soldaten der damaligen Deutschen Wehrmacht sich angeblich etwas hatten zuschulden kommen lassen. Ich glaube, es wäre hier Sache der Bundes-

regierung gewesen, einzuschreiten und diese angeblichen Kriminellen vor österreichische Gerichte zu stellen und sie, falls sie es verdient haben sollten, einer gerechten Strafe zuzuführen. Wir sehen also, daß die ganzen Demütigungen, ich erwähne hier nur das Nationalsozialistengesetz, die vielen Rückstellungsgesetze, die ganz unnötigerweise gemacht wurden, diese vielen Verbeugungen vor den Alliierten vollkommen umsonst waren und daß endlich — und das stelle ich mit Befriedigung fest — bei den Groß-Parteien in Wien die Dämmerung langsam beginnt, daß wir uns endlich selbst auf die Füße stellen müssen und endlich einmal Handlungen setzen müssen. Ich bedaure, daß die Bundesregierung und der Nationalrat gestern nicht einen Termin genannt haben, bis zu dem nämlich das österreichische Volk sich bereit erklärt auszuhalten und dann selbst Handlungen zu setzen. Es hat wenig Sinn, den Alliierten zu sagen, daß wir darauf warten, daß sie gehen. Darauf warten wir ja schon sieben Jahre vergeblich! Es wäre richtiger gewesen, man hätte gesagt: Wir warten noch sechs Monate und nach sechs Monaten erleben Sie etwas, was Sie von diesem gedemütigten Österreich nicht erwarten werden! Ich weiß — aus Ihrem Murmeln kann ich das entnehmen —, daß Sie darüber lächeln, aber ich stehe auf dem Standpunkt, da werden Sie mir, meine Damen und Herren, recht geben müssen, daß von Verbeugungen allein nichts kommen wird. Vergessen Sie nicht, wie schwer es die russische Besatzungsmacht im Osten hat, wie die vielen Untergrundbewegungen und die vielen Einzelhandlungen, die dort geschehen, dieser Besatzungsmacht sehr viel zu spüren geben. Wir sollten sagen, daß wir dann, wenn die Besatzungsmächte nicht ziehen, die Reparationen einstellen und keine Besatzungskostenbeiträge mehr zahlen. Das kann auch gemacht werden und ich bin überzeugt, es ließe sich in dieser Hinsicht ein ernstes Wort mit den Alliierten sprechen.

Der VdU hat seit seiner Gründung für das Recht, für die Ordnung und für die Freiheit dieses Volkes sich eingesetzt und steht daher zur Resolution, die heute diesem Hohen Hause vorliegt. Wir werden unseren Beitrag jederzeit dazu leisten, um unser Volk frei zu machen und ich bin überzeugt, daß alle Soldaten mit mir gleicher Meinung sind, gleichviel in welchem Lager sie stehen mögen und welcher politischen Meinung sie sich zugehörig fühlen. Es ist die größte Schande eines Volkes, in Ketten zu liegen und es liegt an uns, diese Ketten abzuschütteln. Ich bin überzeugt, daß unser Volk politisch reif genug ist, um die Situation im Augenblick richtig zu würdigen und zu erkennen und rufe unser Volk auf, gemeinsam hier im Lande zusammenzustehen und diese Ketten, die keine Befreiung, sondern eine Demütigung bedeuten, abzuschütteln! (Anhaltender, lebhafter Beifall.)

Präsident: Zum Worte gemeldet ist Abg. Pölzl. (Daraufhin verlassen fast alle Abgeord-

neten der ÖVP, der SPÖ und des VdU den Sitzungssaal.)

Abg. Pölzl: Hohes Haus! Ich muß schon sagen, es ist außerordentlich interessant, wie sich jetzt der Landtagssaal leert. Man sollte meinen, hier im Landtage steht es 1 zu 47, aber die Herren haben recht, wenn sie hinausgehen, denn jetzt wird endlich in diesem Landtage auch des Volkes Stimme zur Geltung kommen (Gelächter) und es ist klar und verständlich, daß die Herren, die den Saal verlassen, des Volkes Stimme nicht zu hören wünschen, weil des Volkes Stimme sie daran erinnern würde, daß sie alles, was sie dem Volke versprochen haben, dem Volke schuldig geblieben sind.

Im gestrigen Nationalrate wurde über die Frage des österreichischen Staatsvertrages debatiert. Die Debatte im Nationalrat wurde von den bürgerlichen Parteien — man kann ruhig sagen, auch die Sozialistische Partei zählt zu diesen bürgerlichen Parteien — so geführt, wie die Vereinigten Staaten von Amerika oder besser gesagt, wie das offizielle Amerika diese Diskussion wünscht. Eine Kundgebung für den Abschluß des Staatsvertrages von Seiten der gesetzgebenden Körperschaften in Österreich, sowohl des Nationalrates als auch der Landtage, wäre außerordentlich zweckmäßig, aber es müßte eine echte Kundgebung für den österreichischen Staatsvertrag sein und es dürfte nicht eine Kundgebung für das Staatsvertragsmanöver der Amerikaner sein. Das österreichische Volk hat den Abgeordneten der Regierungsparteien kein Mandat dafür gegeben, in Österreich amerikanische Politik durchzuführen, weder eine Politik, die den Amerikanern gefällt im Innern, noch eine Außenpolitik in diesem Sinne.

Innerpolitisch haben wir heute in Österreich die Situation, daß alles, was in unserem Lande geschieht, faktisch durch den Marshallplan bestimmt wird. Die Wirtschaft unseres Landes wird geführt nach den Gesichtspunkten des von den Regierungsparteien viel gepriesenen Marshallplanes. Dieser Marshallplan ist nach den Aussagen bedeutender amerikanischer Politiker nichts anderes als ein Kriegsplan und die Einbeziehung Österreichs in den Marshallplan bedeutet praktisch den Versuch, Österreich in die amerikanischen Kriegspläne einzubeziehen. Das österreichische Volk muß und mußte für diese Politik bereits schwer bezahlen. Die an der Macht befindlichen Parteien haben vor den Wahlen der österreichischen Bevölkerung versprochen, eine entscheidende Besserung des Lebensstandards herbeizuführen. Im Jahre 1945 hieß es: „Geduldet Euch ein wenig, jetzt haben wir die schweren Wunden des Krieges zu heilen, aber in einigen Jahren kommt Ihr daran, da wird es besser werden, da wird Eure Lebenslage sich verbessern, da werdet Ihr nicht mehr hungern müssen, da werden die Wohnungen wieder hergestellt und Euer Arbeitsplatz wird auch gesichert sein.“ Meine Damen und Herren! Keine von diesen Versprechungen ist auch nur an-

nähernd in Erfüllung gegangen. Im Gegenteil! Die Lebenshaltungskosten haben sich im vergangenen Jahr, in einem einzigen Jahr, um 40% erhöht, wo blieben die Löhne, wo blieben die Gehälter? Fragen wir die Arbeiter! Es wurde den Massen unseres Volkes versprochen, daß die Arbeitslosigkeit in der neuen Republik eine Sache sein wird, die es nicht geben wird, eine Sache der Vergangenheit. Wir haben heute in Österreich über 200.000 Arbeitslose, wir wissen, daß Zehntausende von Arbeitern und Angestellten um ihren Arbeitsplatz bangen, mit Recht bangen, wir haben tausende Kurzarbeiter und wir haben das alles, obwohl gleichzeitig diejenigen, die beschäftigt sind, weit unter dem normalen Lebensstandard zu leben gezwungen sind. Das österreichische Konjunkturforschungsinstitut hat errechnet, daß eine Familie mit zwei Kindern im Dezember 1951, um den Lebensstandard von 1937 zu erreichen, 440 S notwendig hätte, aber nur 251 S zur Verfügung hat. Wir leben noch nicht auf dem Niveau des Krisenjahres 1937 und man sagt uns heute schon — sogar Gewerkschaftsfunktionäre haben dies gesagt —, daß es eben der Obulus des österreichischen Werktätigen zur Verstärkung und Vertiefung — wie das so schön heißt — der Rüstungen im Westen sei, der uns daran hindert, die Lebenshaltung zu verbessern und wir müßten das ruhig hinnehmen als ein Schicksal, das eben unabwendbar sei. Man sagte bei den letzten Wahlen unseren Alten, unseren Pensionisten, unseren Invaliden: „Eure Lebenshaltung wird gesichert sein, Ihr werdet nicht hungern müssen und Ihr werdet nicht frieren müssen und Ihr werdet Kleidung und Wohnung haben.“ Wir wissen, daß hunderttausende unserer Alten, zehntausende von Gemeindebefürsorgten, zehntausende von Invaliden in größter Not und in größtem Elend leben. Man sagte der österreichischen Jugend: „Eure Zukunft wird in der zweiten Republik gesichert sein“ und man versprach der österreichischen Jugend, daß sie nicht von neuem auf die Schlachtfelder gejagt werden wird, daß sie nicht von neuem in Uniformen gekleidet werden wird, man versprach der österreichischen Jugend, daß ihre Zukunft, ihre Erziehung gesichert sein wird. Aber was sind die Tatsachen? Die Tatsachen sind, daß unsere Jugend keinen Arbeitsplatz findet, daß unsere Jugend keine Zukunft vor sich sieht, die Tatsachen bestehen darin, daß das alles, was unserer österreichischen Jugend versprochen wurde, nicht eingehalten wurde und daß diese Jugend zu zweifeln beginnt und daß in dieser Jugend es nicht wenige gibt, die der Propaganda ausländischer Kolonialherren erliegen und in die Fremdenlegion nach Afrika gehen, um dort für fremde Interessen Völker, die um ihre Freiheit kämpfen, niederzuknüppeln.

Alle die Versprechungen, die die Regierung gemacht hat, sie sind nicht in Erfüllung gegangen und sie konnten nicht in Erfüllung gehen, weil die österreichischen Regierungsparteien sich entschlossen haben, den Marshall-

plan zum Fundament ihrer Politik zu machen. Und dieser Marshallplan hat böse Früchte getragen im Zusammenhang mit unserer Innenpolitik, er hat aber noch schlimmere Früchte getragen im Zusammenhang mit unserer Außenpolitik.

Unsere Wirtschafts- und Handelspolitik wird heute in Österreich bestimmt vom Marshallplan. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß aus unserem Land Unmengen von Rohstoffen nach dem Westen exportiert werden, obwohl wir alle ganz genau wissen, daß es sehr zweckmäßig wäre, diese Rohstoffe im Land zu verarbeiten und als Fertigwaren zu exportieren. Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, daß nicht wenig strategisch bedeutungsvolle Rohstoffe aus Österreich exportiert werden zur Stärkung des Kriegspotentials des Westens und zur Stärkung der amerikanischen Rüstungen. (Abg. Wegart: „Erdöl nach Rußland, Herr Pözl!“) Es ist auch weiter bekannt, auch wenn Sie sich noch so sehr darüber aufregen, es ist ja zu allgemein bekannt, als daß Sie, wenn Sie das Gegenteil behaupten, nicht der Lüge überführt würden, daß der österreichische Anteil an der westlichen Rüstung, sei es durch Export von Rohstoffen, sei es dadurch, daß es uns verwehrt ist, nach allen Ländern zu exportieren, daß dieser österreichische Anteil an den Rüstungen der Westmächte zu einem Überfall auf die Sowjetunion nicht gering ist. Und wenn wir erklären, daß Österreich in Bezug auf seine Außenpolitik einen schweren Fehler macht, wenn es zuläßt, daß das westliche Österreich in eine Alpenfestung verwandelt wird (Heiterkeit), so schreibt die ÖVP und die SPÖ von Hochverrat (Abg. Wegart: „Wenn es nach Moskau ginge, wäre alles in Ordnung, nicht wahr?)

Außenpolitisch hat unsere Regierung erklärt, sie werde alles tun, um die Souveränität und Unabhängigkeit Österreichs zu erreichen und zu festigen, sie werde eine ausgesprochene Friedenspolitik betreiben. Man kann sagen, genau so wie in der Innenpolitik hat auch in der Außenpolitik Österreich die selbstverständlichen Grundsätze einer vernünftigen Politik nicht erfüllt. Es hat sich durch den Marshallplan der amerikanischen Kriegsrüstung verschrieben und dadurch, daß es dazu schweigt, daß Westösterreich tatsächlich in eine Aufmarschbasis der Westmächte verwandelt wird (Abg. Wegart: „Das glauben Sie ja selbst nicht!“), sich schuldig gemacht vor dem österreichischen Volk, statt es als höchste Aufgabe zu betrachten, dem Prinzip des Friedens, der Souveränität und der Unabhängigkeit Österreichs zu dienen. Ich weiß, morgen wird der Alpenland-Sender wieder sagen, der kommunistische Abgeordnete, der Abgeordnete des Linksblocks hat eine hochverräterische Rede gehalten (Abg. Wegart: „Hat er, hat er!), aber ich sage Ihnen, mir ist das „wurscht“, was der englische Sender sagt, ich bin nicht da, um englische Interessen zu vertreten (Abg. Wegart: „Nein, im Gegen-

teil, russische!“), da kann der englische Sender ruhig sagen, ich sei ein Hochverräter, ich bin da, um die Interessen der Wertkätigen zu vertreten, um die Interessen des österreichischen Volkes zu vertreten. (Abg. Scheer: „Es ist ein Wunder, daß die Luster nicht hinunterfallen!“) Warten Sie, Sie kommen auch noch dran. Die Amerikaner stehen zu Österreich in einem sehr sonderbaren Verhältnis. Jeder vernünftige Österreicher müßte sich sagen, es ist ein gefährliches Spiel, daß da mit unserem Lande getrieben wird, ein Spiel, zu dem eigentlich kein Österreicher ja sagen kann. (Abg. Wegart: „Sonderbar, die bringen uns etwas und Ihr nehmt uns etwas weg!“) (Abg. Scheer: „Die Russen tun nur Kugelr Scheiben!“) (Gelächter.) Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß für die amerikanischen Kriegshetzer und Kriegstreiber Österreich einfach als ein Landstrich betrachtet wird, der sich quer durch Mitteleuropa zieht, ein Landstrich, dessen westlicher Teil sich ausgezeichnet dazu eignet, Festungen auszubauen. Die hohen Tiroler Berge bis tief hinein nach Salzburg, das ist ein Gebiet für die Strategen, sie handeln mit Wissen und Willen und Zubilligung der österreichischen Regierung, es ist kein Geheimnis und jeder, der hingeht, kann sehen, dort wachsen die Militärstädte aus dem Boden, dort werden strategische Straßen gebaut bis hinein in den letzten Graben (Abg. Scheer: „Sogar eine Seilbahn auf den Schöckel!“), dort werden Straßen gebaut, von denen man im vorhinein weiß, wozu sie dienen sollen, deren Decke eine Tragfähigkeit für 60 t schwere Raupenfahrzeuge aufweist. Ja, meine Herren, ich kann mir nicht vorstellen, daß es ein österreichisches Interesse ist, Rollbahnen für Panzer in Tirol zu bauen und ich glaube, daß es ein sehr wesentlicher Teil zur Erreichung des Staatsvertrages wäre, wenn wir alle zusammen erklären würden, wir brauchen keine strategischen Straßen in Österreich, wir brauchen keine Militärstädte und Kriegsbauten, wir brauchen eines, unsere Freiheit und unseren Frieden.

Wir müssen die Gedanken eines solchen amerikanischen Militärstrategen weiter verfolgen. In diesem Landstrich Österreich gibt es auch eine Mittlere Zone, wir Steirer leben in dieser mittleren Zone, wir haben auch unseren Teil am amerikanischen Plan zu tragen; hier liegt die Schwerindustrie, sie ist dazu berufen, wenigstens vorübergehend, einen Anteil zu nehmen an der westlichen Aufrüstung, einen Anteil, der uns wahrscheinlich, das ist natürlich, von der anderen Seite im östlichen Teil nicht sehr gut angeschrieben wird. (Abg. Scheer: „Drohen Sie nur!“) Aber weiter: Im übrigen kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß der mittlere Teil dieses Landstreifens sozusagen als Vorpostengebiet zu betrachten ist, als ein Niemandland, vielleicht als Schlachtfeld. Aber ich glaube, wir Steirer hätten in dem Zusammenhange allen Grund zu sagen: wir wollen kein Vorfeld sein in einem

kommenden Krieg, wir wollen kein Schlachtfeld sein in einem kommenden Krieg, wir wollen unsere Heimat blühen und gedeihen sehen in Frieden (Abg. Dr. Kaan: „Jawohl, das wollen wir!“), das müßte unser aller gemeinsames Programm sein.

Ich frage den Herrn Landeshauptmann, er gibt zwar selten Antwort, die „Wahrheit“ hat ihn vor kurzem gefragt, wie er zu diesen Aufrüstungsplänen steht und er hat nicht geantwortet. (Abg. Wegart: „Die ‚Wahrheit‘ erscheint unter Ausschluß der Öffentlichkeit, darauf antwortet man nicht!“) Ich frage ihn nocheinmal und ich will nicht müde werden, ihn zu fragen. (Abg. Scheer: „Es gibt Fragen, die sind so blöd, daß man darauf nicht antworten kann!“) Wir haben im Ennstal bedeutende Wasserkräfte, wir würden es begrüßen, wenn die nächste Stufe der Wasserkraftbauten im Ennstal in Angriff genommen werden würde. Es ist ein Verdienst des Herrn Landeshauptmannes, das er sich eifrig bemüht, daß diese Wasserkraftbauten endlich in Angriff genommen werden. Ich höre von bedeutenden Projekten, die baureif sind, in noch westlicheren Teilen Österreichs, oben an der Donau, an der deutschen Grenze soll ein großes Kraftwerk gebaut werden, für den Stromexport nach dem Westen. Das ist interessant für die Amerikaner. Das Ennstalkraftwerk, Herr Landeshauptmann, um das Sie sich so sehr bemühen, das scheint nicht interessant genug zu sein, das scheint ein Werk zu sein, von dem man annimmt, daß es in erster Linie der Elektrifizierung unserer Friederwirtschaft dienen wird. (Abg. Wegart: „Blödsinn, Euch geht ohnehin kein Licht auf!“) Dieses Werk kommt nicht zustande. (Abg. Scheer: „Soviel Strom können wir gar nicht erzeugen, daß Euch ein Licht aufgeht!“) Es gibt beileibe keine Wirtschaftspolitik in Österreich, die nicht ausgerichtet wäre nach militärischen Gesichtspunkten der Westmächte. Das wird bestritten, aber die Tatsachen sprechen gegen Sie.

Dann gibt es noch einen östlichen Teil in diesem Landstreifen. Dieser östliche Teil ist von der Sowjetunion besetzt. (Abg. Wegart: „Zistersdorf!“) Meine Damen und Herren, wir wollen Österreich nicht als einen Landstreifen quer durch Mitteleuropa nach strategischen und militärischen Gesichtspunkten betrachten, für uns ist Österreich unsere Heimat und unser Vaterland, für uns ist Österreich das Land, in dem wir wohnen, wirken und leben, ist das Land, dem wir den Frieden erhalten wollen. Wir lehnen es ab, unser Österreich in irgendwelche militärische, strategische und politische Kombinationen hineinziehen zu lassen. Das ist es, was wir heute sagen müßten, das müßten wir sagen in dem Augenblick, wo die Amerikaner den Skelettvertrag vorgelegt haben, einen Skelettvertrag, der, wenn man ihn so auf den ersten Blick anschaut, das ist, wie Dr. Kaan gesagt hat, wir brauchen keinen Staatsvertrag, wir brauchen einen Räumungsvertrag, und dieser Skelettvertrag ist ein Räumungsvertrag, das ist ja wunderbar. (Abg. Dr. Kaan: „Habe

ich das gesagt?“) Herr Abg. Kaan, dieser Skelettvertrag hat seine Haken. Er spricht manches nicht aus, was ausgesprochen werden muß, ausgesprochen werden muß auch angesichts der Vergangenheit Österreichs, angesichts der Zukunft Österreichs, die wir sichern wollen. Es handelt sich nämlich darum, auszusprechen im neuen Staatsvertrag, daß dieses Land, daß Österreich an keinerlei Militärverträgen, an keinerlei Kriegskombinationen teilnehmen will, daß Österreich es satt hat, für irgendwelche fremde Interessen seine Söhne auf das Schlachtfeld zu schicken.

Ich weiß schon, in diesem Landtag war es heute beschämenderweise möglich, daß die alten Faschistenideologen und Nazis ihr Wort erheben konnten. Es war heute möglich, daß in diesem Landtag eine nationalsozialistische Rede gehalten wurde. (LR. Dr. Elsnitz: „Die Rede wäre schon anders ausgefallen!“) Herr Landesrat Dr. Elsnitz, ich werde Ihnen etwas sagen: Ich habe — ich glaube, es war gestern — mit einem VdU-Mann gesprochen (Abg. Wegart: „Ist Ihnen das erlaubt?“ — Schallende Heiterkeit.) und Sie werden staunen, was der gesagt hat. Er sagte: Der Elsnitz — ich habe ihn erst einmal gehört in einer größeren Versammlung — hat eine ausgesprochen soldatische Haltung, aber Hirn hat er keines. Und sehen Sie, Herr Landesrat Dr. Elsnitz, um hier im Landtag zu reden (Landesrat Dr. Elsnitz: „Müßte ich Ihr Hirn haben!“), müßten Sie auch ein bißchen Hirn haben. Aber das brauchen Sie ja nicht als Vorsitzender vom VdU, dort wollte man einen Soldaten haben und deshalb, wenn man fragen würde, warum Sie der Führer der VdU-Fraktion sind, so würde man wahrscheinlich zur Antwort bekommen, weil der Elsnitz eine Hakenkreuzfahne gehißt hat. Aber, Herr Landesrat Dr. Elsnitz, ich sage Ihnen, derjenige, der diese Hakenkreuzfahne heruntergeholt hat in Griechenland, Belojanis, der wird in der Geschichte weiterleben, auch wenn Sie, der diese Fahne gehißt hat, heute hier freche nationalsozialistische Propaganda treiben können. Es ist doch Ihre Propaganda, eine Propaganda von gestern, vom niedergeschlagenen deutschen Faschismus, aber das Opfer von Belojanis, sein Tod, ist ein Denkmal für die Zukunft und es wird eine Zukunft der Freiheit und eine Zukunft des Sozialismus sein. Es war heute hier möglich, daß sich der Vertreter des VdU als Retter der Kultur aufspielen konnte. Wir kennen diese Kultur des deutschen Faschismus, die dazu geführt hat, daß Millionen Menschen verschiedenster Nationalität in die Gasöfen geschickt worden sind, wir kennen diese Kultur, die Sie wagen hier zu feiern, diese Kultur, die es zustande gebracht hat, daß unser Land heute noch unter den Folgen des Krieges und der Nazi-Barbarei zu leiden hat. (Abg. Scheer: „Ist Ihre Genickschußmethode vielleicht besser?“) Sie haben es gewagt, die Provisorische Staatsregierung anzugreifen, Sie haben es auf sich genommen, den Widerstand der deutschen Wehrmacht bis zum letzten Blutstropfen zu

feiern. Herr Landesrat Dr. Elsnitz, es wäre unserem Lande viel erspart geblieben und auch dem deutschen Volk, hätte sich die deutsche Wehrmacht früher ermannt, solche Kriegstreiber, wie die, für die sie heute das Wort ergriffen haben und von denen Sie gesagt haben, man soll sie nicht den Gerichten ausliefern, solche Kriegstreiber auszumerzen (Heftige Gegenrufe bei VdU) und Schluß zu machen mit dem verfluchten Krieg des Hitlerismus, an dessen Folgen wir heute noch zu leiden haben. Stellen Sie sich nicht so unschuldig, als ob Sie nicht wissen, warum wir heute ein besetztes Land sind. (Abg. Scheer: „Weil die Russen nicht heimgehen wollen!“) Wir sind ein besetztes Land, weil wir von Hitler-Deutschland okkupiert worden sind und weil Leute Ihres Schlages zur Okkupation durch Deutschland „Hurra“ geschrien haben. Oder waren Sie nicht dabei (Zwischenruf bei VdU: „Freilich!“), als in den Straßen von Graz im Jahre 1938 leider ein allzu großer Teil unserer Bevölkerung zur Okkupation durch Hitler-Deutschland „Ja“ gesagt hat und ja gesagt hat leider auch zu dem verfluchten Krieg, den der Nationalsozialismus entfesselt hat. Wenn Sie heute hier es wagen, davon zu reden, daß die deutschen Soldaten recht getan haben, Widerstand bis zum letzten zu leisten, dann zeigt das nur, daß Sie als Person nichts dazu gelernt haben aus dem furchtbaren Geschehen, das erst so kurz hinter uns liegt. Aber ich sage Ihnen, das österreichische Volk, auch das deutsche Volk, denkt anders über diese Vergangenheit. Es wünscht nur eines, nämlich, daß diese Zeit niemals wiederkehrt. (Sprechpause. Abg. Scheer: „Sie haben den Faden verloren!“) Herr Abg. Scheer, Sie haben schon so viel geblödel in diesem Landtag, daß es sich erübrigt, auf Ihr Gestammel zu antworten.

In der gestrigen Debatte des Nationalrates hat es auch einige Lichtpunkte gegeben. Die sozialistischen Abgeordneten haben erklärt, auch der Bundeskanzler hat es ausgesprochen, wir wollen ein freies ungeteiltes Österreich. Es ist sehr gut, daß das ausgesprochen wurde, denn die Kräfte in der Welt, die dieses ungeteilte Österreich nicht wollen, sind gar nicht zu unterschätzen.

Ich bedaure nur, daß es in der heutigen Landtagsitzung der Sprecher der ÖVP unternommen hat, diese Bedeutung des ungeteilten Österreich anzuzweifeln. (Abg. Dr. Kaan: „Steht klar in der Resolution!“) Er hat erklärt: Wer weiß, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn es uns so ergangen wäre wie es Deutschland ergangen ist. (Abg. Dr. Kaan: „Nein, das habe ich nicht erklärt!“) Deutschland wird als besiegt Land behandelt, es ist in zwei Teile zerrissen, es ist geteilt, aber mit dem einen Teil wird man bald einen Vertrag gemacht haben. (Abg. Dr. Kaan: „Da haben Sie nicht gut aufgepaßt!“) Herr Abg. Dr. Kaan, ich habe sogar sehr gut aufgepaßt. Sie sagten, vielleicht wäre es besser gewesen als Deutsche besiegt, als als Österreicher befreit zu sein. Ich weiß, daß diese Gedanken in Ihren

Köpfen spuken, ich weiß, daß sie in den Köpfen der Amerikaner spuken, die sich sagen, um wie viel leichter hätten wir es dann, wenn wir diese Alpenfestung ruhig zumachen könnten, um wie viel leichter hätten wir es dann, wenn wir die ganze westliche Industrie in Österreich, so wie jetzt schon die Betriebe, die nicht von den Sowjettruppen besetzt sind, gleich in die amerikanische Rüstungsindustrie eingliedern könnten. Aber, Herr Abg. Dr. Kaan, die Interessen des österreichischen Volkes sind das nicht. Die Interessen des österreichischen Volkes gehen dahin (Abg. Wegart: „Das Erdöl für uns zu bekommen!“), daß wir unter allen Umständen verhindern und alle unsere Kräfte anstrengen müssen, daß es nicht zu einer Zerreißung Österreichs kommt. (Rufe: „Sehr richtig!“) In Deutschland draußen haben nicht nur die Kommunisten, sondern auch viele Bürgerliche die feste Überzeugung, daß man alles daran setzen muß, ein einheitliches Deutschland zustandezubringen. Wenn wir in Österreich einen einheitlichen Staat haben, das hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Machold vergessen zu sagen, so verdanken wir diese Tatsache in erster Linie dem sowjetischen Besatzungselement. Die Russen waren es, die zuerst in unser Land gekommen sind. (Abg. Dr. Kaan: „Die als letzte hinausgehen!“) Die Russen waren es, die es ermöglicht haben, daß eine provisorische Regierung gebildet wurde. Als dann die Amerikaner und Engländer ins Land gekommen sind und ihre Militärregierungen aufgezogen haben, war in der östlichen Zone Österreichs unsere provisorische Bundesregierung bereits am Werk, da haben die Landesregierungen von Wien und Niederösterreich ihre Tätigkeit bereits ausüben können. Da waren die Westmächte vor eine vollzogene Tatsache gestellt und sie konnten es bei uns nicht dahin bringen — so wie sie es in Deutschland gemacht haben — nämlich das Land zu zerreißen in zwei Teile. Sehen Sie, meine Damen und Herren, diese Tatsache ist für uns ein kolossales Plus auch für die Zukunft. Wir wissen, daß das sowjetische Element unter allen Umständen seinen ganzen Einfluß geltend machen wird, genau so wie im Jahre 1945, daß ein einheitliches und ungeteiltes Österreich gegen alle Intrigen erhalten bleibt.

Es fehlt in diesem Skelettvertrag alles, was unsere Demokratie in Österreich sichern könnte. Ist die Demokratie in Österreich in Gefahr? Ja, sie ist in Gefahr. (Abg. Scheer: „Durch die Kommunisten!“) Sie ist noch nicht so gefestigt, daß man ohne weiteres über diese Frage ruhig schlafen kann. Solange solche Nazifaschisten solche Reden halten, wie wir sie heute im Landtag gehört haben, ist die Demokratie nicht gefestigt. Solange ein Starhemberg (Abg. Wegart: „Lassen Sie den doch in der Mottenkiste!“), der sich schwer vergangen hat am österreichischen Volke und am österreichischen Staate, ein Hochveräter, seine konfiszierten Güter wieder bekommt, solange ist die Demokratie in Österreich nicht gesichert; so-

lange es eine Regierung gibt, die, wenn die Arbeiter um eine Erhöhung ihres Lebensstandards kämpfen, wie anlässlich der verschiedenen Lohn- und Preispakete, zur fremden Besatzungsmacht läuft und die Unterstützung dieser Besatzungsmacht gegen die kämpfenden Arbeiter verlangt, solange ist die Demokratie in Österreich nicht gesichert. Das werktätige Volk in Österreich versteht unter Sicherung der Demokratie und unter Sicherung der Freiheit die Sicherung des Brotes und eines entsprechend großen Stück Brotes, die arbeitende Bevölkerung versteht unter Sicherung der Demokratie das Recht auf Wohnung, das Recht auf Arbeit, versteht unter Sicherung der Demokratie einen ernstesten Kampf gegen alle Überreste des Faschismus in diesem Lande. Auch das fehlt im amerikanischen Vorschlage des Skelettvertrages. Der Linksblock hat an die Regierung eine Anfrage gerichtet gehabt, die Regierung hat diese Anfrage im Nationalrat teilweise beantwortet. In der Anfrage des Linksblocks an die Regierung heißt es: Ist die Regierung bereit, öffentlich zu erklären, daß Österreich weder jetzt noch in Zukunft sich irgendwelcher Mächtekoalition, wie Atlantikpakt, Europaunion usw. anschließen will? (Abg. Dr. Kaan: „Kominform!“) Eine Antwort auf diese Anfrage des Linksblocks sei nach Behauptung des Außenministers Doktor Gruber angeblich gegeben worden. Ich habe mir diese Antwort genau angeschaut, die Antwort heißt: Die österreichische Regierung wird keinem aggressiven Militärblock beitreten. Es kommt nun darauf an, was man unter aggressivem Militärblock versteht. Unter einem aggressivem Militärblock ist die Europaarmee, der Versuch der Amerikaner, den Atlantikpakt stabil zu machen und zu untermauern durch eine europäische Armee, in der auch österreichische Arbeiter- und Angestelltenjungen, junge Bauern und andere dienen sollen, zu verstehen. Ist die österreichische Regierung bereit zu erklären, daß sie auch unter keinen Umständen irgendwelchem Militärblock beitreten wird, ist sie auch bereit zu erklären, daß sie niemals daran denkt, österreichische Landeskinder für fremde Interessen in die Schlacht ziehen zu lassen? Das hat die österreichische Regierung versäumt, das hätten die Herren in Übersee außerordentlich übel genommen. Aber, meine sehr Geehrten, für uns Österreicher, für das werktätige Volk, ist es von entscheidender Bedeutung, daß ausgesprochen wird, daß wir uns an keiner Kriegskombination zu beteiligen bereit sind, daß ausgesprochen wird, daß wir nie wieder für fremde Interessen unsere Jugend auf die Schlachtfelder schicken wollen. Das wurde versäumt, das nicht getan und deswegen ist für uns der Skelettvertrag Schwindel und unannehmbar. Wir wollen einen Staatsvertrag, wir haben das immer erklärt, wir wollen den Abzug sämtlicher Besatzungstruppen, aber wir wollen den Staatsvertrag und den Abzug sämtlicher Besatzungstruppen so, daß in unserem Lande die Freiheit, die Demokratie und die Zukunft unseres Volkes gesichert bleibt.

Der Vorschlag, der von den beiden Regierungsparteien eingebracht wurde, weist auch andere bedeutungsvolle Mängel auf. Es wird darin gesagt, daß die Besatzungsmächte Eigentum, das sie beschlagnahmt haben, an die ehemaligen Besitzer zurückgeben sollen. (Abg. Wegart: „Sie sind nicht für das Eigentum, das wissen wir!“) Ich sage Ihnen offen, wir haben kein Interesse daran, daß das Deutsche Eigentum in Österreich an die Herren der Ruhr, an die Herren des deutschen Stahlwerksverbandes zurückgegeben werden soll. Wir haben alles Interesse daran, daß dieses Eigentum, daß sich die Deutschen in Österreich ergaunert und erstohlen haben, daß dies Eigentum dem österreichischen Volke zugeführt wird, Donawitz und Linz (Zwischenruf: „Zistersdorf!“) Sie wissen genau, daß im Osten Österreichs genau so wie im Westen das Deutsche Eigentum unter der Kontrolle der Besatzungsmächte steht. (Abg. Wegart ruft immer wieder: „Zistersdorf!“) Wenn die Westmächte das Deutsche Eigentum formell Österreich zurückgegeben haben . . . — wenn Sie immer nur Zistersdorf schreien und nicht Donawitz, tun Sie den Westmächten unrecht; wenn Sie auf dem Boden der Tatsachen ständen, würden Sie ehrlich zugeben und sagen: Die Westmächte haben der österreichischen Regierung das Deutsche Eigentum zu treuen Händen übergeben. Es waren schon Menschen draußen in Deutschland, um mit diesen deutschen Großkapitalisten zu verhandeln über die Rückgabe des Deutschen Eigentums. Dafür wurde schon gesorgt, die Nationalräte Brunner und Gorbach waren draußen und haben gesagt, bitte kommt, wir werden uns zusammensetzen und verhandeln (Abg. Wegart: „Aber, aber!“), wir werden schon darüber einig werden, wir sind prinzipiell dafür, daß am Eigentum, am heiligen Eigentum kein Zugriff geschieht. Daß in Österreich Zehntausende von Wohnungen zerstört wurden durch den Hitlerkrieg, daß Österreich unerhörte Wirtschafts- und Menschenopfer auf sich genommen hat, darüber schweigt die österreichische Regierung, schweigen die Regierungsparteien. Es ist nur interessant, daß die Herren von der Ruhr ihr Eigentum zurückbekommen und es wäre noch interessanter, wenn in Zistersdorf anstatt der Russen Engländer, Amerikaner oder Holländer sitzen würden. Das ist das grundverlogene in Ihrer Politik. Sie haben nicht den Mut zu sagen, was Sie meinen. (Abg. Wegart: „Zistersdorf meinen wir!“) Wir haben den Mut, wir haben den Mut zu sagen, was wir meinen. Sie können hundertmal sich erschöpfen in der Russenhetze und in der Hetze gegen die Volksdemokratien, die Tatsache spricht eine klare Sprache und sie spricht nicht für den amerikanischen Kapitalismus, dessen einzige Sorge ist, das kapitalistische System in Österreich zu erhalten, zu stärken, zu festigen und Österreich einzubeziehen in die aggressiven Machenschaften der Westmächte. Aber, meine Damen und Herren, Österreich braucht wie nicht bald ein Land in der Welt den Frieden. Wir leben auf einem gefährlichen

Punkt Erde, das ist richtig, und wenn wir nur ein bißchen gescheit wären alle miteinander, dann müßten wir uns eigentlich zusammensetzen (Abg. Wegart: „Einer fehlt, er, wir sind schon beisammen!“) und sagen: Halten wir unser Land in Frieden und Freiheit und vermeiden wir alles, was uns in den Verdacht bringen kann, auf die Seite der einen oder anderen Macht zu gehören. (Abg. Wegart: „Na, wenn die Russen das hörten!“) Tun wir alles, um in Österreich eine Politik des Friedens durchzuführen und das österreichische Volk wird es noch spüren an seinen Erfahrungen, die es in Zukunft machen wird, daß die Macht des Friedens nicht im Westen, sondern im Osten steht. (Abg. Wegart: „Endlich ist es heraus, eine Stunde braucht er dazu!) (Heiterkeit.) Und ich sage Ihnen, Sie mögen darüber höhnen wie Sie wollen, eines steht fest: Mit dem Erstarken des Sozialismus erstarkt der Friede in der Welt. Und mag die kapitalistische Welt erschüttert werden von einer noch so schweren Krise, eines können wir mit Sicherheit annehmen, daß die Welt des Ostens, die Welt des Sozialismus, alles tun wird, um der Menschheit den Frieden zu erhalten. Und wir in Österreich, wir hätten allen Grund dazu, eine Politik des Friedens zu unterstützen und wir hätten allen Grund dazu, alles zu tun, um der österreichischen Bevölkerung die Greuel eines dritten Weltkrieges zu ersparen.

Ich habe gesagt, daß wir dem Skelettvertrag nicht zjubeln können aus den Gründen, die ich hier angeführt habe. An Stelle der Resolution, die die Regierungsparteien vorschlagen, möchte ich folgenden Vorschlag einbringen:

„Im Namen der Bevölkerung der Steiermark, die in Frieden, Freiheit und Ungeteiltheit zu leben wünscht und nicht zum Opfer eines neuen Krieges werden will, wendet sich der Steiermärkische Landtag mit dem eindringlichen Appell an die Großmächte, den unheilvollen kalten Krieg zu beenden, keinerlei militärische Stützpunkte in Europa zu errichten, ihre Truppen aus allen fremden Ländern zurückzuziehen, die deutsche Frage, die zur zentralen Frage für Krieg und Frieden geworden ist, in der Weise zu lösen, daß das deutsche Volk in einem geeinten und demokratischen Deutschland, das sich von allen politischen und militärischen Kriegskombinationen freihält, selbst über sein Schicksal entscheidet, unserem österreichischen Volk als Ergebnis einer Verständigung einen Staatsvertrag zu geben, der ein unabhängiges, ungeteiltes, demokratisches Österreich in Frieden und Freiheit garantiert. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, alles Erdenkliche zu tun, um eine weltpolitische Verständigung zu erleichtern, im Interesse Österreichs jede Parteinahme im kalten Krieg zu vermeiden und darauf zu bestehen, daß der Staatsvertrag nicht durch einen leeren Skelettvertrag umgebracht wird.“

Ich weiß, daß ich Sie vergeblich ersuche, meinen Antrag zu unterstützen (Abg. Wegart:

„Schicken Sie das nach Moskau!“), denn Sie fühlen sich ja nicht berufen hier im Landtag, die Stimme des österreichischen Volkes zu erheben. Sie fühlen sich lediglich dazu berufen, hier die Stimme Amerikas zu vertreten. (Abg. Wegart: „Radio Moskau hat geendet!“)

(Nach Beendigung der Rede des Abg. Pölzl kehren die Abgeordneten wieder in den Sitzungssaal zurück.)

Landeshauptmann Krainer: Die Österreicher und Steirer sind auf ihre Vergangenheit stolz. Als Zeitgenossen haben wir Niedergang und Wiederaufstieg erlebt und heute befinden wir uns in einem Zustand der Unfreiheit, man behandelt uns manchmal wie Kolonialvölker. Die Vertreter des Volkes im Landtag haben fast einhellig mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß wir frei sein und ohne Furcht und ohne Angst in diesem Lande leben wollen.

Mehr als 250 Sitzungen wurden um den österreichischen Staatsvertrag abgehalten und die letzte dieser Sitzungen mußte ausfallen, weil eine Macht, nämlich die russische Macht, an dieser Verhandlung nicht teilgenommen hat. Die österreichische Regierung hat immer und immer wieder bei allen Mächten versucht, die Staatsvertragsverhandlungen in Fluß zu bringen. Sie hat sich auch im Jahre 1949 bereit erklärt, ein Opfer von 150 Millionen Dollar auf sich zu nehmen, um die Freiheit damit zu erkaufen. Sie hat diese Zusage gemacht, weil die Russen immer und immer wieder erklärt haben, sobald einmal die Frage des deutschen Eigentums einer Lösung zugeführt sein werde, stünde auch den Verhandlungen und dem Abschluß des Staatsvertrages nichts mehr im Wege. Seither sind wiederum 3 Jahre vergangen und es ist begreiflich, daß sich die österreichische Bundesregierung darüber freut, daß ein neuerlicher Versuch in anderer Form gemacht wurde, um doch zu einer Räumung, zu einer wirklichen Befreiung von allen fremden Soldaten in diesem Land zu kommen.

Der Vorschlag der Westmächte, einen Kurzvertrag abzuschließen, der als Räumungsvertrag gelten würde, wäre nach unserer Auffassung eine Grundlage, um aus allen internationalen Streitigkeiten endlich einmal herauszukommen, um diesem Land die Freiheit und Sicherheit wieder zu geben. Es ist merkwürdig, daß in unserem Land selbst die ganze Bevölkerung diesen neuen Vorschlag, diesen Kurzvertrag, lebhaft begrüßt, nur allein die Kommunistische Partei nicht. Wir wissen noch gar nicht, was Rußland offiziell zu diesem Vorschlag sagen wird, aber die Kommunistische Partei Österreichs sagt schon „nein“. Wir haben auch heute wieder Vorwürfe über die Aufrüstung, die Kriegsrüstung, die Alpenfestung, die gebaut wird und dergleichen Dinge hören müssen. Wie einfach wären alle diese Vorwürfe und diese angeblichen Möglichkeiten beseitigt! Wir wollen ja, daß alle aus diesem Land gehen! So sollen sie sich doch einigen und dann bestände sicherlich

keine Gefahr mehr, daß irgendwo bei uns eine Straße gebaut wird, die man dann als strategische bezeichnen könnte. Aber man will ja gar nicht dieses Land verlassen, man will es ja besetzt halten aus eben den Gründen, die der Herr Abg. Pölzl als für die Amerikaner maßgebend angeführt hat: Es scheint schon so zu sein, daß die Russen deshalb hier bleiben wollen. Nur diese eine Macht, die russische, will dieses unser Land nicht verlassen und diese Tatsache ist trotz aller geschickten Tarnung heute wohl jedem einzelnen klar. Die übrigen Mächte haben feierlich erklärt, aus diesem Lande gehen zu wollen und als Beweis dessen einen neuerlichen Vertrag des Inhaltes vorgelegt, daß alle vier Mächte 90 Tage nach Unterzeichnung des Vertrages das Land zu verlassen haben. Trotz aller dieser Versuche gibt es eine angeblich österreichische Partei, die nein und wiederum nein sagt.

Wir können nur heute feierlich, gleich dem Nationalrat und den übrigen Landtagen erklären: Wir wollen ein ungeteiltes Österreich, ein freies Österreich, wir wollen nie und nimmer eine Zerreißung. Wir wollen aber auch, daß die Schranken am Semmering jetzt schon beseitigt werden, damit sich niemand mehr zu sorgen braucht, wenn er in die Bundeshauptstadt fährt. Wir wollen, daß die Wohnungen, die die Besatzungsmitglieder besetzt halten, daß unser Krankenhaus und die verschiedenen Betriebe uns wieder voll überantwortet werden, wir wollen, kurz gesagt, in Frieden und Freiheit in diesem Lande leben. Es ist nicht so, daß unser Verlangen uns schwer fällt, weil wir einstens die fremden Truppen in diesem Lande begrüßt haben. Natürlich haben wir die Freiheit dieses Landes begrüßt, aber nicht nur wir, die ganze Welt ist letzthin getäuscht worden. Wir haben im Jahre 1945 nach dem furchbaren Krieg daran geglaubt, daß eine wahre Friedenssehnsucht bestehe und daß man den Staatsmännern Glauben schenken könne, wenn sie uns Freiheit und Frieden verkünden.

Es ist auch nicht so, daß etwa die Regierung nicht ernst genommen wurde, denn sie ist doch nichts anderes als der Ausdruck der Mehrheit dieser Bevölkerung und so ernst zu nehmen wie diese. Wir wissen schon, daß wir in der Welt politik wenig bedeuten und daß wir nicht mehr

tun, als immer wieder unsere Freiheit fordern und laut darnach rufen können. Wir werden auch diese Freiheit letztlich doch erkämpfen durch den starken Freiheitswillen, der vom österreichischen Volke immer wieder zum Ausdruck gebracht wird.

Wir stellen im Zusammenhang mit dieser Kundgebung die Forderung an die Bundesregierung, daß sie alles daran setze, damit dieser vorgelegte Kurzvertrag zum Abschlusse gelange. Wir erheben weiters die Forderung, Vorsorge zu treffen für den Zeitpunkt, zu dem uns die Besatzungsmächte verlassen, damit wir dann in der Lage sind, unsere Grenzen zu schützen. Wir fordern schließlich die Regierung auf, alles zu unternehmen, damit ein einiges und freies Österreich endlich ersthe. Wir können nur mit allen gutgesinnten Steirern, und das ist Gott sei Dank der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung, rufen: Freiheit für Österreich!

(Alle Abgeordneten mit Ausnahme des Vertreters des Linksblocks spenden anhaltenden, sehr lebhaften Beifall.)

Präsident Wallner: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Den Vorschlag des Herrn Abg. Pölzl kann ich nicht in Behandlung nehmen, da nach der Geschäftsordnung ein Vorschlag mir schriftlich zuzukommen hat, was nicht geschehen ist.

Ich bringe die verlesene Resolution zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die damit einverstanden sind, sich zum Zeichen ihrer Zustimmung von den Sitzen zu erheben. (Geschieht.)

Ich stelle fest, daß die Resolution von allen Abgeordneten mit Ausnahme des Vertreters der Kommunistischen Partei angenommen ist.

Ich werde veranlassen, daß die Resolution unverzüglich an die Bundesregierung und an den für Steiermark zuständigen Hochkommissar weitergeleitet wird.

Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege, voraussichtlich in der zweiten Woche nach Ostern, einberufen werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 12 Uhr 50 Minuten.)